

## **G-1**

Antragsteller\*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 3: GRÜNES NRW – Land der Chancen und der Gerechtigkeit

## **Grünes NRW – Land der Chancen und der Gerechtigkeit!**

1 Als wir GRÜNE 2010 die Regierungsverantwortung in NRW übernommen haben, hatte  
2 unser Bundesland fünf Jahre der sozialen Spaltung durch Schwarz-Gelb hinter sich. Kin-  
3 der mussten früh auf verschiedene Schulformen verteilt werden, Kopfnote wurden einge-  
4 führt, Bildungsaufstieg wurde so erschwert. Vor den Hochschulen des Landes versperrte  
5 eine Campus-Maut vielen jungen Menschen ohne wohlhabende Elternhäuser den Zugang  
6 zum Studium. Die Städte und Gemeinden waren nach einem gigantischen Beutezug der  
7 Regierung Rüttgers finanziell ausgeblutet.

8 In fünf Jahren haben GRÜNE in der rot-grünen Koalition Teilhabe, Gerechtigkeit und  
9 soziale Chancen zum konkreten Leitmotiv des politischen Handelns gemacht. Die Studien-  
10 gebühren und die Kopfnote wurden abgeschafft, das längere gemeinsame Lernen boomt,  
11 Kindertagesstätten und Schulsozialarbeit wurden gestärkt, die Städte und Gemeinden er-  
12 halten so viel Geld vom Land wie nie zuvor, um ihre Aufgaben vor Ort gut meistern zu  
13 können.

14 NRW ist in fünf Jahren sozialer und gerechter geworden. Aber wir wissen, dass noch  
15 ein weiter Weg vor uns liegt. Denn trotz konjunkturell guter Lage nimmt die Spaltung  
16 der Gesellschaft weiter zu, sind Menschen erwerbslos und werden sozial ausgegrenzt, ist  
17 Leben mit Kindern oft ein Armutsrisiko. Wir GRÜNE werden in unserer Politik für Ge-  
18 rechtigkeit nicht nachlassen, bis wir mit Überzeugung sagen können: Alle Menschen haben  
19 gleiche Chancen, sind sozial abgesichert und wir haben das Auseinanderdriften der Ge-  
20 sellschaft gestoppt. Unsere Grüne Vision von NRW ist die eines Landes der Chancen und  
21 der Gerechtigkeit!

### **22 Armut und Angst bedrohen gesellschaftlichen Zusammenhalt**

23 Sind mit der Einführung eines Mindestlohns, der Konjunktur und der gesunkenen Langzei-  
24 terwerbslosigkeit die Hauptursachen für Armut und Abgehängtsein entfallen? Mitnichten.  
25 Zwar werden 40% des Bundeshaushalts für Soziales ausgegeben. Dennoch gelten noch immer  
26 rund 12 Millionen Menschen bundesweit als arm oder von Armut bedroht und der Deut-  
27 sche Kinderschutzbund geht davon aus, dass in diesem Jahr 2,5 Millionen Kinder in Armut

28 leben. Zudem leben knapp 40 Prozent aller Alleinerziehenden von Hartz IV – in NRW  
29 sogar 46 Prozent.

30 Allen Bürgerinnen und Bürgern soll laut Grundgesetz eine existenzsichernde Teilhabe  
31 an den materiellen und geistigen Gütern der Gemeinschaft garantiert werden. Neuere  
32 Studien zeigen, dass Deutschland sich auch im OECD-Durchschnitt von diesem Ziel immer  
33 weiter entfernt. Ein besonderes Problem sind die wachsende Kinderarmut, die weiterhin  
34 wirksamen starken Benachteiligungen im Bildungssystem und die prekäre Situation von  
35 alten Menschen und "Armut trotz Erwerbsarbeit (working poor)".

36 Zudem erleben wir eine zunehmende Ausgrenzung und Stigmatisierung armer und von  
37 Armut bedrohter Menschen. Die gesunkene Erwerbslosenquote trägt zu einer ungerech-  
38 fertigten ablehnenden Haltung diesen Menschen gegenüber bei. Für einen Teil unserer  
39 Gesellschaft scheint sich das Vorurteil zu bestätigen, dass jede\*r einen Job bekommen  
40 kann der/die sich nur richtig bemüht. Diese Annahme ist schon rein rechnerisch nicht  
41 haltbar. Denn ein großer Teil der steigenden sozialversicherten Beschäftigungsverhältnis-  
42 se liegt im Teilzeitbereich. Nach wie vor fehlen, gerade in strukturschwachen Regionen,  
43 sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze. Dennoch manifestiert sich bei einem  
44 immer größer werdenden Teil der Bevölkerung die Überzeugung, dass die Gründe für  
45 Arbeitslosigkeit ausschließlich bei den Arbeitslosen selbst zu finden seien.

46 Im Ergebnis spaltet sich unsere Gesellschaft immer weiter auf: Menschen, die im Reichtum  
47 leben; Menschen, die mit ihrer sozialen Lage zufrieden sind, vielfach aber Angst vor einem  
48 sozialen Abstieg haben, und eine größer werdende Gruppe sozial-abgehängter Menschen.  
49 Gegen dieses gesellschaftliche Klima arbeiten wir GRÜNE an und wollen neue Chancen  
50 schaffen.

## 51 **GRÜNES Leitbild: Chancen, soziale Sicherheit, freie Entfaltung,** 52 **gerechte Verteilung**

53 Soziale Gerechtigkeit bedeutet für uns GRÜNE, dass alle Menschen an der Gesellschaft  
54 teilhaben können und wir das Auseinanderdriften der Gesellschaft gestoppt haben. Dieses  
55 Ziel zu erreichen ist eine solidarische Gemeinschaftsaufgabe. Unsere Politik für Chancen  
56 und Teilhabe ist nicht bevormundend und sie ist nicht staatsnaiv. Grüne Sozialpolitik  
57 schafft die Voraussetzungen für die gerechte Verteilung von Gütern, sie schafft hochwer-  
58 tige und individuelle Angebote in Bildung, Gesundheit, Wohnen und Kultur, an denen  
59 alle teilhaben können. Grüne Sozialpolitik sorgt außerdem für eine angstfreie, armutsfeste  
60 Existenzsicherung, so dass Menschen individuell und frei über ihr Leben entscheiden kön-  
61 nen. Wir ermutigen und befähigen sie, ihre Chancen wahrzunehmen. An diesem Leitbild  
62 werden wir auch unsere Politik für NRW weiter ausrichten. Wir sehen diese Heraus-  
63 forderungen auch in einem europäischen Kontext. Gerade in Zeiten einer tiefgreifenden  
64 europäischen Finanz- und Wirtschaftskrise sehen wir die zunehmende soziale Spaltung  
65 in Europa mit großer Besorgnis. Unsere Anstrengungen für ein gerechtes NRW sind ein-  
66 gebunden in den Kampf für ein sozialeres Europa. Wir streiten unter anderem für eine  
67 europäische Arbeitslosenversicherung, für soziale Grundrechte in der EU, die gerechte  
68 Lebensbedingungen für alle schafft, und für das Ende einer blinden Kaputtsparpolitik.

## **Gutes Aufwachsen und gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen**

Gleiche Bildungschancen sind noch nicht für alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen gegeben. Unsere Bildungspolitik bemüht sich daher um ein Mehr an Bildungsgerechtigkeit und eine verbesserte Teilhabe an Bildung. Denn gute Bildung bedeutet die Möglichkeit, eigenverantwortlich sein Leben in die Hand zu nehmen.

Noch immer hängt in Deutschland der Bildungserfolg zu sehr von der sozialen Herkunft ab. Wir haben in NRW in den letzten Jahren bereits viele Blockaden aufgelöst und Maßnahmen durchgesetzt, um gute Bildung für alle Kinder zugänglich zu machen. Aber wir haben noch viel vor.

Gerade Kindertageseinrichtungen und die frühkindliche Bildung legen den Grundstein für den Bildungserfolg von Kindern. Der im Kinderbildungsgesetz festgeschriebene eigenständige Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtung in Verbindung mit der Vereinbarung über die Bildungs- und Erziehungsarbeit soll kindgerechte, individuelle Bildungsprozesse von Anfang an gewährleisten. GRÜNE haben daher den KiTa-Ausbau in NRW beschleunigt und in die Qualität der Einrichtungen investiert. Für Personal und Qualifizierungsmaßnahmen haben wir seit 2010 zusätzlich 390 Millionen Euro jährlich bereitgestellt. Durch 6.000 neue Stellen verbessern wir Schritt für Schritt die Qualität und den Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung. Um Bildungsgerechtigkeit von Anfang an zu ermöglichen, haben wir plusKitas geschaffen. Damit werden Einrichtungen mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf durch die Finanzierung von zusätzlichen Personalstellen gezielt gefördert und so die Bildungschancen gestärkt. Wir investieren weiter in Familienzentren in benachteiligten Quartieren, um allen Kindern und deren Familien gute Angebote zu machen.

Unser Ziel für alle Schulen des Landes bleibt mehr Zeit für individuelle Förderung. Deswegen wollen wir auch weiterhin dafür sorgen, dass auch bei zurückgehenden Schüler\*innenzahlen die Lehrer\*innenstellen in der Schule erhalten bleiben. Kinder und Jugendliche früh nach vermeintlichen Begabungen auf verschiedene Schulformen zu sortieren wird unserem Bildungsverständnis nicht gerecht. Seitdem GRÜNE in NRW regieren, gibt es einen Boom des längeren gemeinsamen Lernens: In den letzten Jahren sind über 200 neue Schulen entstanden, die Kinder länger gemeinsam fördern und nicht schon nach der vierten Klasse auf unterschiedliche Schulformen aufteilen. Wir werden auch in den nächsten Jahren den Ausbau der Schulen des längeren gemeinsamen Lernens und des Ganztags weiter vorantreiben. Ein vielgliedriges Schulsystem steht vom Ansatz her im Widerspruch zum Gedanken der Bildungsgerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Schule bereitet unsere Kinder auf das Leben vor, sie ist "Gesellschaft im Kleinen". Es ist an uns, hier einen Begegnungsort von Gleichberechtigung und Wertschätzung zu schaffen. Wir wollen starke Schulen, die zu umfassender Bildung befähigen. Dazu gehört auch die Bürgerrechts- und Menschenrechtsbildung sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Deshalb öffnen wir GRÜNE die Schulen für das Leben und ermöglichen allen Kindern, sich in die unterschiedlichsten Bereiche der Gesellschaft einzubringen. So schaffen wir es, dass jedes Kind dafür stark gemacht wird, seinen Platz zu finden.

111 Mit dem Projekt "Kein Abschluss ohne Anschluss" hat NRW als erstes Flächenland ein  
112 einheitliches und effektives Instrument der präventiven Schul-, Jugend- und Sozialarbeit  
113 eingeführt. Wir wollen weitere Strukturen schaffen, um jedem Jugendlichen seinen An-  
114 schluss zu ermöglichen. Zudem wollen wir auch für junge Menschen, die nach dem Schulab-  
115 schluss wenig Bezug und Zugang zum Bildungssystem haben, neue und niedrigschwellige  
116 Weiterbildungsangebote schaffen. Ausbildung muss die Bildungsinteressen der Jugendli-  
117 chen in den Mittelpunkt stellen.

118 Der nationale Bildungsbericht stellt Deutschland bei der Frage der Integration von Men-  
119 schen mit Zuwanderungsgeschichte ein beschämendes Zeugnis aus. Bildungsgerechtigkeit  
120 ist noch lange nicht ausreichend gesichert. Um hier besser zu werden, wollen wir mehr  
121 Menschen mit Migrationshintergrund für den Lehrberuf gewinnen und im Weiterbildungs-  
122 bereich Angebote für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf- und ausbauen. Zudem  
123 gilt es, auch die Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund stärker als Akteur\*innen  
124 in das Schul- und Kita-Leben einzubeziehen.

125 Auch stehen wir in der Verantwortung, jedem Kind ein gesundes Leben zu gewährleisten.  
126 GRÜNE nehmen diese Verantwortung wahr. Besonders heißt das für uns: gute Ernährung  
127 und genug Zeit für Bewegung. Die Fortschreibung der Zusammenarbeit mit der Vernet-  
128 zungsstelle Schulverpflegung, das Schulobst- und Milchprogramm und Programme zur  
129 Gesundheitserziehung überbrücken soziale Unterschiede und machen gesundes Leben für  
130 jedes Kind möglich – unabhängig vom Einkommen der Eltern. Gute Bildung von klein  
131 auf ist das Fundament, auf das in der Ausbildung, in den Berufsschulen, in Bildung und  
132 Forschung an den Hochschulen und in der Weiterbildung aufgesetzt werden kann. Dieses  
133 Fundament wollen wir stärken, Teilhabe an fortführender Bildung fördern und damit zur  
134 freien Entfaltung beitragen.

## 135 **Neue Perspektiven durch gute Arbeit mit Zukunft**

136 Trotz der guten konjunkturellen Lage in Deutschland ist ein Viertel der Bevölkerung in  
137 NRW dauerhaft oder zeitweilig von Erwerbslosigkeit, unsicheren Einkommensverhältnis-  
138 sen und mangelnder Teilhabe am gesellschaftlichen Leben betroffen. Ökonomische Unsi-  
139 cherheit, Armut und sozialer Ausschluss reichen bis in die Mitte der Gesellschaft. Sogar  
140 Menschen mit hochwertigen Abschlüssen und erfolgreichen Berufswegen haben oftmals die  
141 Erfahrung gemacht, wie leicht eine sichere Existenz in Gefahr gerät. Auch die sogenannte  
142 Mittelklasse fürchtet immer mehr den sozialen Abstieg.

143 Besonders groß sind die sozialen Risiken jedoch für Alleinerziehende und ihre Kinder, für  
144 Menschen mit gesundheitlichen Problemen und für gering Qualifizierte. Armut bedeutet  
145 mehr, als wenig Geld zu haben. Zu Armut gehört auch ein Mangel an gesellschaftlichen  
146 Teilhabemöglichkeiten und vielfältige Formen der Diskriminierung. Für die meisten Per-  
147 sonen, die dauerhaft oder immer wieder auf ALG II angewiesen sind, ist das Leben ein  
148 ständiger Kampf gegen den weiteren sozialen Abstieg und Ausgrenzung. Dieser Kampf  
149 ist nahezu unsichtbar, doch er prägt das Leben von Menschen, für die eine neue Schuh-  
150 gröÙe zur Unzeit eine echte Herausforderung und der Kollaps der Waschmaschine eine  
151 Katastrophe darstellt.

152 Nicht nur in NRW sind regelrechte „Armut-Hochburgen“ entstanden. Die landespoli-  
153 tischen Initiativen der rot-grünen Regierung – von der Fortsetzung des Bildungs- und  
154 Teilhabepakets bis hin zum Modellprojekt „Sozialer Arbeitsmarkt“ – können die bemer-  
155 kenswerte sozialpolitische Ignoranz der Bundesregierung allein nicht ausgleichen.

156 Soziale Exklusion stellt eine große Herausforderung für die Zukunft der Gesellschaft und  
157 der Wirtschaft dar. Es droht die dauerhafte Spaltung der Gesellschaft in die „Produk-  
158 tiven“ und die „Überflüssigen“. Doch die Bundesregierung unternimmt nichts, um dem  
159 Spaltungstrend entgegenzuwirken. Im Gegenteil: Die Mittel der aktiven Arbeitsmarkt-  
160 politik wurden seit 2010 um rund ein Drittel gekürzt. Wir dürfen aber nicht zulassen,  
161 dass es zu einer dauerhaften Exklusion kommt. Zusätzlich ist seit Jahren in einem großen  
162 Teilbereich eine massive Verfestigung und Verhärtung von Langzeitarbeitslosigkeit zu be-  
163 obachten. Die betroffenen Menschen erreichen wir mit den aktuell zur Verfügung ste-  
164 henden Instrumenten kaum. Daher brauchen wir öffentlich geförderte Beschäftigung und  
165 Arbeitsgelegenheiten mit Beschäftigungsangeboten, die sich auch am Normalitätsrahmen  
166 des ersten Arbeitsmarktes orientieren. Es ist falsch zu glauben, dass der demographische  
167 Wandel diese Probleme löst. Doch die Große Koalition im Bund hat das Ziel der Ar-  
168 mutsbekämpfung praktisch aufgegeben. Bis heute weigert sie sich darüber hinaus – im  
169 Gegensatz zu anderen Ländern – im Rahmen der EU 2020-Strategie auch nur ein Ziel zur  
170 Armutsbekämpfung festzulegen.

171 Wir brauchen eine grundsätzliche Neubewertung und Neuorganisation von Arbeit. Im  
172 sogenannten Dritten Sektor, in zivilgesellschaftlichen Institutionen, in neuen Dienstlei-  
173 stungsbereichen, in der Kinderbetreuung und in der Altenpflege, werden überall Menschen  
174 gebraucht. Viele dieser in Zukunft immer wichtigeren Tätigkeiten sind aber nach wie vor  
175 schlecht angesehen und werden niedrig bezahlt. Aufgabe von Politik muss es sein, für die-  
176 se Arbeitsbereiche bessere Rahmenbedingungen und Lohnniveaus zu schaffen, so dass die  
177 Berufsbilder attraktiver werden und mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Bei-  
178 spielhaft haben GRÜNE in der Landesregierung dafür gesorgt, dass die Fördermittel bei  
179 der Pflegeausbildung seit 2010 verdoppelt wurden und NRW damit zum Vorreiter bei der  
180 Förderung der Pflegeberufe geworden ist. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

## 181 **Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben durchsetzen**

182 Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnen, Mobilität,  
183 Kultur. Nach wie vor gibt es aber viele Barrieren für die gleichberechtigte Teilhabe am  
184 gesellschaftlichen Leben und für mehr Selbstbestimmung. Wer arm ist, kann viele ge-  
185 sellschaftliche Angebote nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen. Dies gilt auch für  
186 die steigende Zahl an Flüchtlingen in Nordrhein-Westfalen, denen wir durch eine ech-  
187 te Willkommenskultur sowie den Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt wie  
188 auch umfassende Gesundheitsversorgung, die Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen  
189 wollen.

190 Es ist eine zentrale Grüne Forderung, allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben zu  
191 ermöglichen. So entstanden durch Grüne Initiative Beratungs- und Unterstützungsein-  
192 richtungen wie die Kompetenzzentren für Selbstbestimmtes Leben, das Aktionsprogramm  
193 „Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen“. Auch

194 das NRW-Sozialticket unterstützt die Teilhabe an Mobilität. Diese Angebote wollen wir  
195 weiter fördern und finanzieren.

196 Dort, wo die Menschen leben und wohnen, muss es auch Geschäfte, Kommunikations- und  
197 Werkräume sowie Einrichtungen für Junge, Alte und Menschen mit Beeinträchtigung ge-  
198 ben. Die städte- und wohnungsbauliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte befördert eher  
199 die Isolation als das Zusammenleben in der Gemeinschaft. Wir setzen uns für Städte und  
200 ländliche Räume mit sozialer Durchmischung ein. Die Wohnarchitektur soll verschiedene  
201 Lebensphasen berücksichtigen und auch die soziale Kommunikation fördern.

202 Selbstbestimmung und Teilhabe dürfen auch dann nicht aufhören, wenn die Lebenssituati-  
203 on besondere Herausforderungen bereithält. Es widerspricht dem Recht auf Selbstbestim-  
204 mung und Teilhabe, wenn Menschen keine andere Wahl haben, als abgeschieden von der  
205 Gemeinschaft in einer „Sonderwelt“ versorgt zu werden. Das bedeutet nicht, dass Senioren-  
206 einrichtungen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderung in Zukunft überflüssig  
207 sein werden. Aber wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen eine echte Wahlfreiheit  
208 haben.

209 Auch die Teilhabe an Kunst, Kultur und Sport gehört für die meisten Menschen zu einem  
210 lebenswerten Alltag dazu. Um diesen Zugang zu gewährleisten, müssen immer wieder Bar-  
211 rieren überwunden und Brücken gebaut werden. Ermäßigungen in Museen, Theatern und  
212 Büchereien sind wichtig, um den Ausschluss ganzer Gruppen vom kulturellen Leben zu  
213 verhindern. Doch nicht immer werden diese Angebote angenommen. Das liegt auch daran,  
214 dass die Hemmschwelle, sich an der Kasse gegenüber Fremden als „unterstützungsbedürf-  
215 tig“ zu outen, sehr hoch ist. Gerade deshalb haben Projekte eine große Bedeutung, die  
216 auf von Armut betroffene Menschen zugehen oder sie direkt einbeziehen.

## 217 **Grundsicherung bedeutet mehr als Überleben**

218 Neben den Angeboten einer hochwertigen Infrastruktur muss auch die materielle Grundsich-  
219 erung verbessert werden, um die persönlichen Voraussetzungen für Teilhabe zu schaffen.  
220 Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Leistungen in Hartz IV nicht armutsfest sind.  
221 Vielmehr noch: Hartz IV ist – trotz aller guter Absichten – zum Sinnbild für Abgehängt-  
222 sein und Kontrolliertwerden geworden, eine Angst, die auch die sogenannte Mittelschicht  
223 erfasst hat. Wir brauchen also eine neue armutsfeste und angstfreie Grundsicherung.

224 Die Grundsicherung muss so konzipiert und berechnet sein, dass eben nicht nur das phy-  
225 sische, sondern das soziokulturelle Existenzminimum garantiert ist. Sie nimmt auch das  
226 Bedürfnis der Menschen nach Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ernst. Dazu gehören  
227 neben der Pflege des eigenen Freundeskreises auch mal ein Besuch des Kinos oder ein  
228 Kneipenabend. Die Bundesregierung hat den Regelsatz künstlich kleingerechnet. Neues-  
229 te Berechnungen von Wissenschaft und Wohlfahrtsverbänden gehen davon aus, dass ein  
230 armutsfester Regelsatz bei mindestens 450 Euro monatlich liegen müsste. Für Alleinerzie-  
231 hende ist der Ausbau der Kindertagesbetreuung und der Ganztagschulen von besonderer  
232 Bedeutung, um den Lebensunterhalt für die Familie bestreiten zu können. Sie brauchen  
233 aber darüber hinausgehende Unterstützung. Wir begrüßen, dass endlich der Entlastungs-  
234 betrag für Alleinerziehende erhöht wird. Um zielgenau Alleinerziehende mit geringem oder

235 mittlerem Einkommen zu entlasten, wollen wir ihn aber um eine Steuergutschrift ergänzen.  
236 Zudem wollen wir den Unterhaltsvorschuss reformieren und dabei die Begrenzung  
237 der Bezugsdauer auf sechs Jahre abschaffen sowie die Altersgrenze auf das vollendete 18.  
238 Lebensjahr anheben.

239 Isolation und Einsamkeit gehören ebenso zu den Nebenwirkungen eines Lebens am Mini-  
240 mum wie die ständig schwelende Existenzangst. Insbesondere drohende Sanktionen und  
241 der damit verbundene Entzug der Lebensgrundlagen machen oftmals den Kontakt zu Ar-  
242 beitsagentur und Jobcenter zu einer Qual. Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe sieht  
243 anders aus. Nicht Sanktionen, bürokratische Zumutungen und Gängelung, sondern faire  
244 Spielregeln und Motivation der Arbeitssuchenden müssen unser Ziel sein. Deswegen fordern  
245 wir GRÜNE ein Ende der Sanktionen im Bezug von Sozialleistungen.

246 Das Problem der Entwicklung der letzten zehn Jahre ist nicht nur ein ökonomisches.  
247 Ebenso dramatisch für den Einzelnen ist das Fehlen gesellschaftlicher Anerkennung, das  
248 frustrierende Gefühl, ersetzbar zu sein und nicht mehr gebraucht zu werden. Deshalb  
249 arbeiten wir auch für einen inklusiven Arbeitsmarkt. Nicht umsonst ist „Respekt“ der  
250 Schlüsselbegriff für viele Jugendliche. Vielen von ihnen fehlt in der Gesellschaft vor al-  
251 lem Zugehörigkeit, Achtung, Wertschätzung. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft ist  
252 längst kein Prozess mehr, der sich auf eine einzelne Gruppe beschränkt. Es betrifft poten-  
253 ziell alle. Deshalb müssen Staat und Gesellschaft eine klare Botschaft formulieren: Wir  
254 können und wollen auf niemanden verzichten, jede und jeder wird gebraucht! Wir wollen  
255 allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen!

256 Gerade angesichts der drohenden Spaltung der Gesellschaft müssen die politischen Stra-  
257 tegien neu ausgerichtet werden. Was wir brauchen ist ein Zusammenwirken von Verteil-  
258 lungsgerechtigkeit, öffentlichen Gütern und echten Mitwirkungsrechten. Denn erst Wahl-  
259 und Gestaltungsrechte ermöglichen die so oft beschworene Eigenverantwortung des In-  
260 dividuums. Der schlichte Appell zu mehr Eigenverantwortung spricht den Bürger\*innen  
261 hingegen ab, sich bisher verantwortlich verhalten zu haben. Vollends unredlich ist der  
262 Verweis auf Eigenverantwortung, wenn ein ganz bestimmtes Verhalten durch Sanktions-  
263 drohungen erzwungen werden soll. Nach der derzeitigen Lage haben die Mitarbeiter\*innen  
264 in den Jobcentern zu wenig Handlungsmöglichkeiten, um den Betroffenen echte Angebote  
265 mit Perspektive geben zu können. Das muss sich ändern.

266 Zur Armutsbekämpfung gehören einerseits Maßnahmen wie ein deutlich höherer Regel-  
267 satz und die Einführung einer Kindergrundsicherung, bei der dem Staat alle Kinder gleich  
268 viel wert sind und mit der Kinder- und Familienarmut systematisch bekämpft wird. An-  
269 dererseits benötigen wir auch eine vielfältige Infrastruktur, die nicht zum Nulltarif zu  
270 haben ist. Wenn den Kommunen nicht mehr ausreichend Mittel zur Verfügung stehen,  
271 um Schwimmbad, Bibliothek, öffentlichen Nahverkehr, Freizeitmöglichkeiten und Sozia-  
272 larbeit gewährleisten zu können, kann auch kein Gutschein weiterhelfen, mit dem der  
273 kostenlose Zugang ermöglicht wird. Die Finanzierung der kommunalen Daseinsfürsorge  
274 muss dauerhaft gesichert werden. Hierzu zählt gerade im ländlichen Raum eine aktive  
275 Wirtschaftsförderung um wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten und zu  
276 schaffen sowie ein ÖPNV-Angebot, das die Fahrt zum Arbeitsplatz überhaupt ermög-  
277 licht.

278 Uns ist aber auch klar: Die Möglichkeiten des Staates, sozialer Exklusion entgegen zu  
279 wirken, sind begrenzt. Soziale Integration kann nur dann gelingen, wenn sich die Mehr-  
280 heitsgesellschaft an ihr beteiligt. Der Staat allein kann diese Aufgabe nicht übernehmen.  
281 Partizipation braucht auch zivilgesellschaftliche Selbstorganisation und individuellen Be-  
282 teiligungswillen. Die Sicherung des Existenzminimums und die Verhinderung von materi-  
283 eller Armut ist eine staatliche Kernaufgabe. „Teilhabe“ funktioniert aber nur, wenn der  
284 Staat bereit ist, seinen Bürgerinnen und Bürgern die Fähigkeit zur Selbstbestimmung  
285 auch zuzugestehen.

## 286 **Gerechtigkeit braucht eine gerechte Steuerpolitik**

287 Für uns GRÜNE ist die Grundvoraussetzung für soziale Gerechtigkeit eine gerechte  
288 Steuer- und Finanzpolitik. Bund, Länder und Kommunen brauchen Geld, um in Gerech-  
289 tigkeit und Bildung zu investieren und die notwendigen öffentlichen und sozialen Leistun-  
290 gen zu erbringen. Den Schulden der öffentlichen Hand stehen derzeit gigantische private  
291 Vermögen gegenüber. Alleine die privaten Vermögen des reichsten Prozents der Bevölke-  
292 rung sind höher als alle öffentlichen Schulden in Deutschland zusammen. Zu große Un-  
293 gleichheit schadet allen und untergräbt den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.  
294 Sozialer Zusammenhalt ist jedoch der beste Nährboden einer lebendigen Demokratie. Die  
295 gigantischen Vermögen, die selbst in Krisenzeiten weiter wachsen, werden aber kaum oder  
296 gar nicht besteuert.

297 Die Bundesländer tragen große Verantwortung für die Zukunftsherausforderungen bei  
298 Bildung, Betreuung und Erziehung – Themen, die uns Grünen besonders am Herzen  
299 liegen und bei denen jetzt entscheidende Weichen für die Zukunft unseres Gemeinwesens  
300 gestellt werden. Außerdem müssen die Bundesländer bei weiteren Zukunftsaufgaben, wie  
301 den sozialpolitischen Herausforderungen, einer modernen und nachhaltigen Infrastruktur,  
302 der Energiewende sowie dem Kampf gegen die Klimakrise mit anpacken. Eine finanzielle  
303 Stärkung dieser Zukunftsbereiche wird eine gesellschaftliche Rendite erbringen, die den  
304 Mitteleinsatz deutlich übersteigt. Umgekehrt wird der fortgesetzte Verfall der öffentlichen  
305 Infrastruktur kommenden Generationen immense Kosten aufbürden. Die Länder müssen  
306 daher gerade aus Gründen der Generationengerechtigkeit in die Lage versetzt werden,  
307 verstärkt in die Zukunft zu investieren und dauerhaft die Schuldenbremse einhalten zu  
308 können.

309 Leider sind durch unzureichendes gesetzgeberisches Handeln von Bund und Ländern sowie  
310 durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zwei wichtige Landessteuern unter  
311 massiven Druck geraten. Nachdem im Jahr 1995 die Vermögensteuer in der bis dahin gel-  
312 tenden Fassung vom Bundesverfassungsgericht beanstandet wurde, hat das höchste deut-  
313 sche Gericht im vergangenen Dezember die Erbschaftsteuer bereits zum zweiten Mal für  
314 verfassungswidrig erklärt, da die Verschonungsregeln bei Betriebsvermögen dem Gleich-  
315 behandlungsgrundsatz widersprechen.

316 Aus Reihen der Wirtschaft wurde aus Angst vor einer höheren Belastung daher auch schon  
317 die Abschaffung der Erbschaftsteuer gefordert. Damit würde ihr ein ähnliches Schicksal  
318 drohen wie der Vermögensteuer, die aufgrund unterlassener Novellierung nach dem Urteil



319 nicht mehr erhoben wird. Beide Steuern sind jedoch elementar für die Finanzierung der  
320 Bundesländer.

321 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW setzen sich aus diesen Gründen dafür ein, die Vermö-  
322 gensteuer verfassungskonform wieder einzuführen und die Erbschaftsteuer unter Neure-  
323 gelung der Verschonungsregeln dauerhaft als Landessteuer zu stärken. Dabei ist es unser  
324 Ziel, die Einnahmen aus diesen Steuern deutlich zu erhöhen. Wir bekräftigen mit dieser  
325 Position den rot-grünen Koalitionsvertrag. Den Gesetzentwurf einzelner Länderfinanzmi-  
326 nister aus dem Jahr 2012 halten wir für eine gute Grundlage für die Wiedereinführung der  
327 Vermögensteuer. Bei der Neuausgestaltung dieser Steuern haben wir dabei die Unterneh-  
328 men – ganz besonders die vielen klein- und mittelständischen Betriebe – im Blick, die nicht  
329 in ihrer Existenz gefährdet werden dürfen. Arbeitsplätze, die dauerhaft für Produktivität  
330 und Steuereinnahmen in NRW sorgen, wollen wir erhalten. Die künftige Ausgestaltung  
331 dieser Steuern muss diesem Aspekt zielgenau Rechnung tragen.

332 Die Schere zwischen Arm und Reich ist in den vergangenen Jahrzehnten deutlich weiter  
333 auseinander gegangen. Bereits über ein Drittel des gesamten Vermögens gehört nur einem  
334 Prozent der Bevölkerung, während die Hälfte der Bevölkerung in der Bundesrepublik über  
335 kein nennenswertes Vermögen verfügt. In keinem Land der Euro-Zone sind die Vermögen  
336 ungleicher verteilt als in Deutschland. Gleichzeitig tragen hohe Vermögen immer weniger  
337 zur Staatsfinanzierung bei. Erbschaft- und Vermögensteuer gehören zu den wichtigsten  
338 Instrumenten, um diese Entwicklung zu korrigieren. Daher ist es für uns GRÜNE eine  
339 Frage der Gerechtigkeit, dass hohe Vermögen und Erbschaften zukünftig wieder einen  
340 deutlich höheren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens und zur Finanzierung  
341 der Zukunftsaufgaben in NRW und den anderen Bundesländern leisten. Vermögenskon-  
342 zentration höher zu besteuern ist wesentlich gerechter als den Faktor Arbeit hoch zu  
343 besteuern.

344 Mit den deutlich höheren Einnahmen aus der Wiedereinführung der Vermögensteuer und  
345 der novellierten Erbschaftsteuer können die Länder sowohl notwendige Investitionen in  
346 gute Bildung und Ausbildung, öffentliche und digitale Infrastruktur und den sozialen Zu-  
347 sammenhalt tätigen, als auch die Schuldenbremse einhalten. Diese Investitionen sind nicht  
348 nur für eine moderne und gerechte Gesellschaft wichtig, sondern sind auch die Grundlage  
349 für eine leistungsfähige, nachhaltige Volkswirtschaft und erfolgreiches unternehmerisches  
350 Handeln.

351 Auf Landesebene können wir einen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten,  
352 indem wir Steuerflucht effektiv bekämpfen und uns nicht am Überbietungswettbewerb  
353 der Länder in Sachen Duldung von Steuerhinterziehung und -flucht durch mangelhaft  
354 ausgestattete Finanzbehörden beteiligen. Aus diesem Grund setzt die Landesregierung  
355 auch mit unserer Unterstützung auf den Ankauf von Steuer-CDs, um Steuerhinterziehung  
356 effektiv auszutrocknen sowie auf die Arbeit neu eingestellter Betriebsprüfer\*innen.

## 357 **Gerechtigkeit ist Freiheit und Nachhaltigkeit**

358 Wir alle wollen frei leben und uns in dieser Gesellschaft entfalten können. Dieses Recht  
359 beanspruchen wir für alle Menschen in unserem Land. So frei kann aber nur leben, wer

360 nicht permanent den Verlust der eigenen Existenzgrundlage fürchten muss und als „Un-  
361 terschicht“ in den abgehängten Teil einer neuen Klassengesellschaft gedrückt wird.

362 Die Freiheit, die wir meinen, ist kein Privileg. Sie ist ein Grundrecht und Voraussetzung  
363 für eine wirklich demokratische Gesellschaft. Denn die Teilhabe aller Menschen an unserer  
364 Demokratie ist nur möglich, wenn wir sie über soziale Teilhabe auch für die Schwächsten  
365 unter uns ermöglichen. Chancen für jeden und jede und soziale Gerechtigkeit sind die  
366 Voraussetzung für Freiheit, für Kreativität, für Zusammenhalt, für Demokratie. Sie ist  
367 die Voraussetzung für ökologische Modernisierung und ökonomische Erneuerung. Durch  
368 die Überwindung von Ausgrenzung und Armut vermeiden wir auch Folgekosten für die  
369 nächsten Generationen. Auf dieser Grundlage der Nachhaltigkeit werden wir auch weiter-  
370 hin unsere Politik ausrichten.

## **Antragsteller\*innen**

Landesvorstand